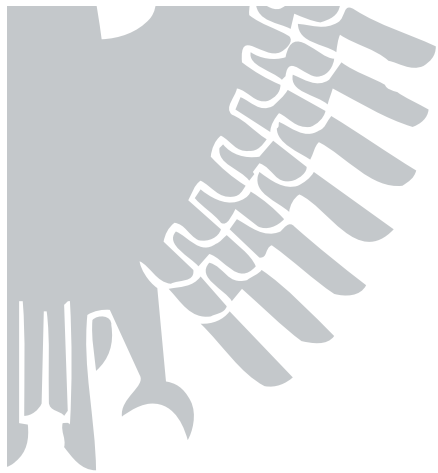




MASTERPLAN KLIMASCHUTZ

KOMMUNEN SCHÜTZEN KLIMA!



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



*„Nur wenn der Mensch sich wandelt,
können wir den Klimawandel stoppen.
Das wird von den Kommunen ausgehen!“*

Dr. Uwe Brandl & Dr. Gerd Landsberg im September 2019

I. MASTERPLAN KLIMASCHUTZ

ZENTRALE BESTANDTEILE

☐ DAS KLIMA GEHT JEDEN AN

Die erste Regel erfolgreichen Klimaschutzes lautet: Nicht nur nachdenken, was andere anders machen müssen. Sondern es selbst anders machen! Nur wenn der Mensch sich wandelt, können wir den Klimawandel stoppen. Das wird von den Kommunen ausgehen! Liebgewonnenes aufzugeben muss nicht zu Schlechterem führen. Kreativität und Mut zur Veränderung zeigen uns den Weg zu gutem Klimaschutz. Kommunen können Öffentlichkeit, Anerkennungskultur, Motivation und Vorbilder für den Klimaschutz schaffen. Gehen Sie in die Schulen, Vereine und Marktplätze. Fragen Sie die Menschen, was sie für das Klima tun und was dafür getan werden könnte.

☐ SOZIALE GERECHTIGKEIT IM BLICK HALTEN

Die Menschen dürfen den Klimaschutz nicht als Belastung erleben, sondern als Bereicherung. Erfolgsgaranten einer Klimaschutzpolitik sind der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren und die soziale Verträglichkeit und Akzeptanz.

Die Besteuerung von Treibhausgasen hat eine soziale Dimension. Trotz einer positiven Lenkungswirkung von Abgaben dürfen diese nicht zu einer einseitigen Belastung führen, sondern müssen ausgewogen sein. Der Kohleausstieg ist nicht nur eine energiepolitische Herausforderung. Im Hinblick auf die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen ist vielmehr auch die Schaffung von – wirtschaftlichen – Perspektiven für die dort lebenden und arbeitenden Menschen unbedingt notwendig.

☐ FÖRDERUNG VON KOMMUNALEN KLIMASCHUTZAKTIVITÄTEN VERSTETIGEN

Die Förderung des Klimaschutzes in den Kommunen hat viele gute Projekte auf den Weg gebracht. In zehn Jahren bis Ende 2018 hat die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums rund 14.400 Projekte in mehr als 3.450 Kommunen mit rund 605 Millionen Euro unterstützt. Dadurch wurden zusätzliche Investitionen von rund einer Milliarde Euro ausgelöst. Dieser Weg ist richtig, vor Ort muss der Klimaschutz beginnen. Diese Förderung muss verstetigt und dauerhaft auf hohem Niveau fortgeführt werden; zusammen mit dem Bund, den Ländern, Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft.

☐ MASSNAHMEN ZUR ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL FÖRDERN

Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme oder längere Dürre- und Hitzeperioden werden zum Normalfall. Damit wird neben dem Klimaschutz die Vorsorge gegen Klimaschäden in Kommunen wichtiger. Vor diesem Hintergrund ist die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) zu begrüßen. Kommunen müssen als maßgebliche Akteure einer erfolgreichen Klimaanpassung daher von Bund und Ländern stärker finanziell unterstützt werden. Eine klimagerechte Stadtentwicklung, die Vorsorge für die Folgen des Klimawandels trifft, ist mehr in den Fokus zu rücken. Beispiele für vorsorgendes kommunales Handeln sind die Erstellung von Notfallplänen oder von integrierten kommunalen Hochwasserkonzepten ebenso wie die



Stärkung der Eigenvorsorge der Bürger, etwa im Hinblick auf ein hochwasserangepasstes Bauen. Auch kommt der Schaffung von mehr Grünflächen insbesondere in Innenstädten und Ortskernen und einer nachhaltigen Wasserwirtschaft (Bau von Trinkwasserbrunnen etc.) angesichts zunehmender Dürrezeiten immer mehr Bedeutung zu.

□ GRÜNE LUNGEN & STADTGRÜN RETTEN

Stürme, Hitze, Dürre mit einhergehender rasanter Ausbreitung von Borkenkäfern und anderen Schädlingen haben in unseren Wäldern schwere Schäden angerichtet. Betroffen sind auch die städtischen Grünanlagen und städtischen Wälder. Millionen Bäume sterben ab, weil keine ausreichende Feuchtigkeit vorhanden ist und sie ihre Widerstandskraft gegen Schädlinge und Pilze verloren haben. Selbst gesunde Bäume werfen unter dem Druck anhaltender Hitze plötzlich Äste ab und gefährden damit Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen vor einem Waldsterben 2.0 und der Kommunalwald braucht Hilfe! In den 1980er Jahren konnte das Waldsterben nur mit vielen Maßnahmen zur Schadreduzierung aufgehalten werden. Das bleifreie Benzin wurde angeordnet, Katalysatoren wurden Pflicht und große Industrieanlagen mussten sich verschärften Anforderungen zur Schadstoffreduzierung stellen.

Dieses Mal wird es schwieriger. Jetzt, wo wir den Wald als Klimaschützer dringend brauchen, ist der Klimawandel in den Wäldern angekommen und setzt diesen schwer zu. Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Bei anhaltender Trockenheit und Wärme sind für die kommenden Jahre noch größere Schäden zu erwarten. Betroffen sind nicht nur die Fichten- und Kiefernwälder. Auf großer Fläche sterben Altbuchen ab und immensen Schäden treten bei der Tanne, Eiche und Birke auf – Baumarten, auf die die Förster bisher im

Klimawandel große Hoffnung setzten. Sterbende Bäume können wir uns aus Klimaschutzgründen nicht leisten. Nichts ist so effektiv bei der CO₂-Reduzierung wie ein Baum bzw. der Wald. Bäume können das Klima retten. Eine neue Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich kommt zu dem Ergebnis, dass Wälder zwei Drittel der von Menschen verursachten CO₂-Belastungen ausgleichen können. Weltweite Aufforstungen sind das wirksamste Mittel, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Deshalb ist die Aufforstung der durch die Kalamitäten entstandenen Kahlfelder in unseren Wäldern unverzichtbar für den Klimaschutz.

Wir können dem Waldsterben etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen wir unsere Wälder klimastabil umbauen und die „grünen Lungen“ in Kommunen sichern und erhalten. Monokulturen müssen systematisch durch Mischwald ersetzt

werden. Dieser ist sowohl gegen Waldbrände, aber auch gegen Dürre resistenter. Auch neue Baumarten müssen erprobt werden. Das geht aber nicht von heute auf morgen und schon gar nicht zum Nulltarif. In Deutschland brauchen wir einen nachhaltigen durchfinanzierten Aktions-

plan von Bund und Ländern mindestens für die nächsten zehn Jahre. Es ist ein gutes und richtiges Zeichen, wenn die Bundesregierung aus dem Klimafonds eine halbe Milliarde Euro bereitstellen will. Das wird aber bei weitem nicht ausreichen. Die Städte und Gemeinden fordern in dieser seit Jahrzehnten schwersten Krise in der Forstwirtschaft klare Zusagen von Bund und Ländern über das Geld, mit dem die Schäden behoben und eine Aufforstung finanziert werden kann.

□ KLIMAGERECHTE MOBILITÄT

Die Emissionsreduzierung im Verkehr ist ein Baustein zur Erreichung der Klimaziele und lebenswerter Kommunen. Hierzu sind Mittel für eine nachhaltige Investitionsoffensive erforder-

**„Ohne starke Wälder
kein Klimaschutz –
Der Kommunalwald
braucht Hilfe!“**



lich. Aber mehr noch Kreativität und Konzepte für einen vom Menschen gewollten Wandel! Zentrale Bausteine sind der Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und Fußwege. Der Schienenverkehr muss zur besseren Anbindung der Regionen gestärkt werden, um für Pendler echte Alternativen zum Auto zu schaffen. Eine Verlagerungsoffensive des Güterverkehrs auf Schienen und Wasserstraßen muss gestartet werden.

Wo Mobilität mit Muskelkraft nicht geht, brauchen wir einen Antriebswechsel auf unseren Straßen. Immer weniger Verbrennungsmotoren, aber mehr Elektrifizierung, Nutzung von Wasserstoff, Erdgas sowie von Bio-Kraftstoffen. Am Ende werden die Menschen und der Markt entscheiden, was sich davon durchsetzt. Aber die Kommunen können die Richtung lenken.

Statt der Umweltprämie sollte bei der Elektromobilität die Förderung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur im privaten und öffentlich zugänglichen Raum im Vordergrund stehen. Dem steigenden Lieferverkehr in den Städten sollten insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit bei der Auslieferung auf der „letzten Meile“ des Transports entgegengesetzt werden. Kaufen Sie vor Ort ein – sonst werden Sie bald die Geschäfte in Ihrer Gemeinde vermissen!

□ INTELLIGENTE PKW-MAUT ALS BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ

Einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz kann eine intelligent ausgestaltete Pkw-Maut auf Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen leisten. Seit Jahrzehnten ist eine chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur, sowohl bei Stra-

ßen als auch bei den Schienen- und Wasserwegen zu verzeichnen. Besonders die Kommunen, die mit rund 83 Prozent den größten Anteil am bundesdeutschen Straßennetz haben, schieben nach den Ergebnissen des KfW-Kommunalpanels 2019 einen Investitionsrückstand von mehr als 36 Milliarden Euro im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur vor sich her. Angesichts unzureichender vorhandener Finanzmittel und der notwendigen Verkehrswende müssen daher dringend Lösungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen für eine nachhaltige Finanzierung in diesem Bereich gefunden werden.

Eine intelligent gesteuerte Maut auch für Pkw kann ein Teil der Lösung sein. So sollte die Höhe der Maut abhängig vom Schadstoffausstoß, vom Verkehrsaufkommen sowie Zeit und Ort der Pkw-Nutzung sein. Wer beispielsweise zur Rush-Hour über die Innenstadt fährt, wird mehr bezahlen müssen als jemand der die Strecke nachts zurücklegt. Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, sollten von den höheren Mautgebühren jedoch entlastet werden, um Wohnstandorte außerhalb der Zentren nicht zu benachteiligen. Ein Vorbild könnte das österreichische Modell sein, bei dem die Pendler über den sogenannten „Pendler-Euro“ steuerlich entlastet werden.

Eine Pkw-Maut wäre in dieser Form ein wertvoller Beitrag zu mehr Klimaschutz, zur Entzerrung der Verkehrsströme gerade in den Ballungsräumen und zu einem Umsteuern in der Verkehrspolitik. Diese Diskussion muss auch vor dem Hintergrund geführt werden, dass bereits erhebliche Summen in die Einführung der Pkw-Maut investiert wurden und dem Bund Schadensersatzforderungen drohen. Zu diskutieren ist eine





gesamtstaatliche Lösung, welche eine Beteiligung der Kommunen an den Mauteinnahmen sicherstellt, nachdem die Kommunen mit 692.000 Kilometern den größten Anteil am deutschen Straßennetz unterhalten und den Interessen von Pendlern im Sinne lebenswerter ländlicher Räume gerecht wird.

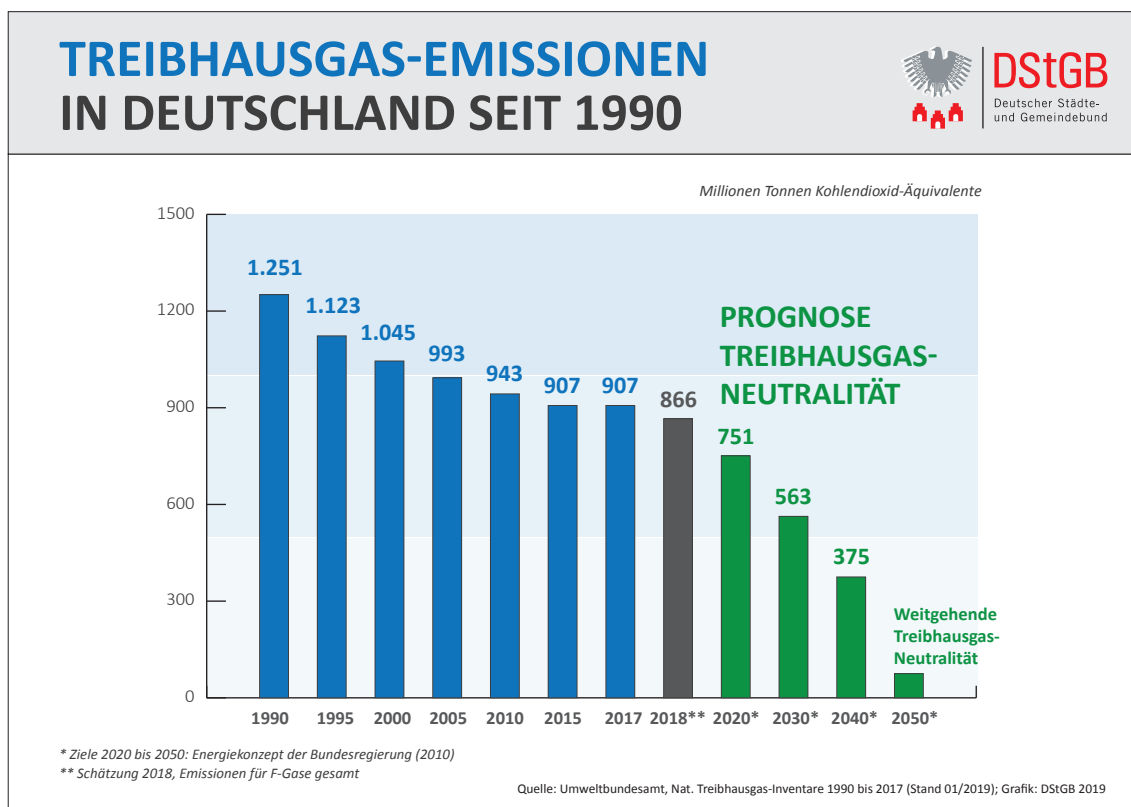
□ LÄNDLICHE RÄUME ALS KLIMAREGIONEN STÄRKEN

Die Akzeptanz der Bevölkerung für notwendige Klimaschutzmaßnahmen spielt in der Stadt wie auf dem Land eine herausragende Rolle. Sollen ländliche Räume zu Klimaregionen werden, müssen Beeinträchtigungen, die Klimaschutzmaßnahmen etwa im Landschaftsbild mit sich bringen, abgemildert werden: Durch den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien entstehen erhebliche Wertschöpfungspotenziale. In den Kommunen können zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden, Arbeitsplätze entstehen und die Kaufkraft in der Region wird verbessert. Regionale

Wirtschaftskreisläufe sollen gestärkt werden. Damit dies gewährleistet wird, sind gesetzliche Grundlagen für die bessere Beteiligung an der Wertschöpfung der betroffenen Gemeinden und ihrer Bürger zu schaffen.

Gleichzeitig gilt es, durch eine bessere Anbindung dafür zu sorgen, dass für Pendler klimafreundliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr entstehen. Dabei ist ein Mix umweltfreundlicher Antriebe der bessere Weg als die einseitige Förderung der Elektromobilität. Im Übrigen gilt es, digital verabredete Mitnahmeverkehre im öffentlichen wie im privaten Bereich durch die Schaffung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu stärken. Dies ist der bessere Weg als Pendler durch zusätzliche Steuern und Abgaben zu belasten.

Auch die großen kommunalen Waldflächen in Deutschland (ca. 20 Prozent des Gesamtwaldbestandes) leisten einen wesentlichen Beitrag für den Klimaschutz. Insoweit gilt: Waldschutz ist Kli-



maschutz! Gerade vor dem Hintergrund der Dürresommer 2018 und 2019 und den Schäden etwa durch Borkenkäfer besteht Handlungsbedarf.

☐ **BESTAND ENERGETISCH VERBESSERN – AUSRICHTUNG AM QUARTIER**

Mit Blick auf die in Deutschland ohnehin hohen Energiestandards bei Neubauten ist eine Atempause möglich, aber auch notwendig. Dem Gebäudebestand, insbesondere den energetisch in einem schlechten Zustand befindlichen Gebäuden der 1950er bis 1970er Jahre, kommt eine viel größere Bedeutung zu. Hier kann durch eine gezielte und auch steuerliche Förderung, etwa beim Austausch alter Heizungen in Privathäusern, viel Potenzial zur Energieeinsparung gehoben werden. Die Kommunen sind mit ihren ca. 186.000 Gebäuden und ca. 1,6 Millionen kommunalen Wohnungen wesentliche Akteure. Zielgerichtete Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen in die energetische Gebäudesanierung sind auch angesichts des oft in schlechtem Zustand befindlichen Gebäudebestands auf hohem Niveau erforderlich. Notwendig ist insbesondere eine Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms auf mindestens fünf Milliarden Euro.

☐ **NACHHALTIGE BESCHAFFUNGS- & FINANZMÄRKTE**

Als größte öffentliche Auftraggeber haben die Kommunen die Schlüsselposition für eine Nachhaltige Beschaffung und „Fair Trade“ mit Vorbildfunktion. Auch die Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik der öffentlichen Hand hat eine große Bedeutung für die Nachhaltigkeit. Die weitere Entwicklung nachhaltiger Beschaffungs- und Finanzmärkte muss das Ziel verfolgen, mit vertretbarem Verwaltungsaufwand bei Aufträ-

gen, Investitionen, Anlagen, Krediten oder Anleihen die Beachtung der Nachhaltigkeitsziele einzubinden. Die Steuerpolitik muss Anreize zur Nachhaltigkeit setzen.

☐ **INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT AUSBAUEN**

Klimaschutz verlangt nach internationaler Entwicklungszusammenarbeit und fairen internationalen Märkten. In diesem Feld sind die Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit weiter zu fördern und auszubauen. Klimarelevante Politik wird nicht nur in den Industriestaaten gemacht, daher müssen die gemeinsamen internationalen Klimaschutzzielsetzungen weiter geschärft und umgesetzt werden.

☐ **INNOVATIONEN & CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN**

Klimaschutz braucht dringend mehr Innovationen. Die Digitalisierung birgt besondere Chancen für den Klimaschutz. Sie hat in den vergangenen fünf Jahren den bedeutendsten Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Für 2025 wird prognostiziert, dass durch die fortschreitende Digitalisierung zusätzlich 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden. Das entspricht einer Einsparung von 5 Prozent im Vergleich zum Ausstoß im Jahr 2014.

Die Digitalisierung treibt auch Innovationen voran. Videokonferenzen ersetzen Dienstreisen, intelligente Haustechnik (smart home etc.) kann den Wärmeverbrauch senken. Zudem können intelligente Verkehrs- und verbesserte Informationssysteme den Verkehrsfluss optimieren und Wege vermeiden helfen. Sektorenkopplung wird durch die digitale Vernetzung von Wärme- und Stromversorgung erleichtert, sodass klimafreund-

**„Die Digitalisierung
birgt besondere
Chancen für den
Klimaschutz.“**

liche Energieträger wie Wind und Sonne leichter integriert werden können.

□ KLIMAFREUNDLICHE & SICHERE ENERGietRÄGER STÄRKEN

Für die Energiewirtschaft muss der Anreiz für Investitionen in klimafreundliche Technologien verstärkt werden und für die Verbraucher muss es besonders attraktiv sein, klimafreundlichen grünen Strom zu beziehen. In der Elektromobilität, aber vor allem auch im Wärmebereich müssen sich klimaschonende Investitionen berechenbar lohnen, zum Beispiel in grünes Gas und in Wärmepumpen. Allerdings setzt das bestehende System nicht genügend Anreize zum Einsatz umwelt-

freundlicher Energieträger. Strom, Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas sind die Energieträger des Alltags. Doch sie sind unterschiedlich hoch belastet mit Umlagen, Abgaben, Steuern und Entgelten – im Wesentlichen, um die Ziele der Energiewende zu erreichen und Einnahmen im Bundeshaushalt zu generieren.

Die zunehmende Elektrifizierung der Sektoren Wärme und Verkehr wird die Energiewirtschaft verändern. Einsparverpflichtungen und Emissionsreduzierungen werden den Energiesektor verstärkt fordern, aber auch Raum für Innovationen und Lösungen vor Ort geben. Dem werden sich unsere kommunalen Unternehmen stellen und sich im Markt behaupten.

II. MASTERPLAN KLIMASCHUTZ

GLOBALER KLIMASCHUTZ VERBIETET NATIONALE ALLEINGÄNGE

Die Herausforderungen des Klimawandels werden immer deutlicher. Die Ausrufungen „Kommunaler Klimanotstände“ schaffen dabei Öffentlichkeit. Auch wenn bereits viel getan wurde, bleibt noch mehr zu tun. Denn die Erderwärmung ist nicht gestoppt und Deutschland reduziert seine Treibhausgasemissionen bis 2020 nur um 32 Prozent statt um 40 Prozent. Die Bundesregierung hat sich zum Pariser Klimaschutzabkommen bekannt. Ein Anstieg der Erderwärmung soll auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad begrenzt werden. Nach dem Koalitionsvertrag soll die Einhaltung der Klimaschutzziele gesetzlich geregelt werden. Das Bundesumweltministerium hat einen Entwurf für ein Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) erarbeitet. Ziel ist insbesondere die Senkung der Emissionen um mindestens 55 Prozent bis zum Jahr 2030. Dazu wird den Bundesressorts die Verantwortung für Emissionsminderungen vorgegeben. Überschreitungen im jeweiligen Ressort sollen negative Folgen im Haushalt dieses Ressorts haben.

Der Klimaschutz beinhaltet eine globale Herausforderung. Deutschland hat einen Anteil am Aus-

stoß der weltweiten CO₂-Emissionen von „nur“ 2,23 Prozent (China: 28,21 Prozent; USA: 15,99 Prozent). Die in Deutschland geplanten Maßnahmen müssen daher in der EU und international abgestimmt werden, um den gewünschten Effekt erreichen zu können. Die EU will die Klimaschutzziele insbesondere durch den Emissionshandel und durch differenzierte Beiträge der Mitgliedstaaten zur Emissionsminderung erreichen. Der Emissionshandel verpflichtet große Emittenten aus den Sektoren Energie und Industrie und soll bis 2030 eine CO₂-Minderung von 43 Prozent erbringen. Die EU muss über diese Maßnahmen hinaus eine langfristige, abgestimmte und umfassende Klimaschutzstrategie formulieren und umsetzen. Nationale Alleingänge helfen nicht. Beispielhaft sei insoweit die Diskussion um die Einführung einer CO₂-Steuer in Deutschland genannt.

Eine CO₂-Steuer gibt es bereits in einigen Ländern der EU. In diesem Sommer wurde auch in Deutschland intensiv über eine Einführung einer solchen Steuer diskutiert. So haben kürzlich das Bundeskanzleramt, das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium

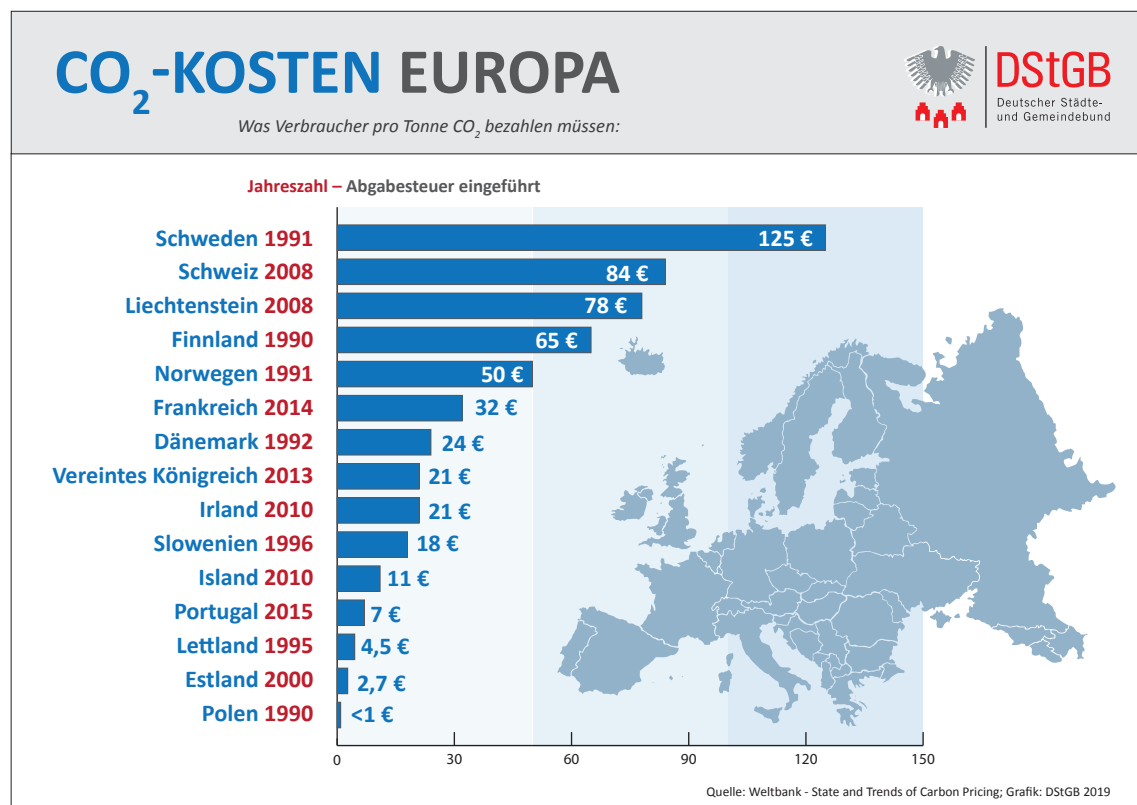


sowie der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages eine Vielzahl an Gutachten zu einer möglichen Ausgestaltung der CO₂-Bepreisung veröffentlicht. Bereits am 20. September 2019 wird das Klimakabinett eine entsprechende Entscheidung treffen. Derzeit sehen die vorgestellten Gutachten und Konzepte keine Steuermehreinnahmen vor. Vielmehr werden im Gegenzug Entlastungen bei der EEG-Umlage und der Stromsteuer wie eine Klimaprämie vorgeschlagen. Da die Belastung mit CO₂-Emissionen vor Ort anfällt und die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel besser durch eigene Steuermittel im Zuge der kommunalen Selbstverwaltung und nicht nur über Förderprogramme finanziert werden sollte, ist es nur sachgerecht, die Kommunen am Aufkommen aus einer höheren CO₂-Bepreisung zu beteiligen.

Bei einer etwaigen Einführung einer CO₂-Steuer müssen auch die Auswirkungen auf den ländlichen Raum mitgedacht werden. Einseitige Folge

einer CO₂-Steuer darf nicht die stärkere Belastung von auf dem Land auf ihr Auto angewiesenen Pendlern sein. Es gilt, einzelne Gesellschaftsgruppen, wie einkommensschwache Haushalte nicht einseitig zu belasten und die soziale Balance zu wahren.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele greifen Maßnahmen in Deutschland, die – wie im Entwurf des Klimaschutzgesetzes – rein Bundesressorts betreffen, zu kurz. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Nötig ist daher ein umfassender „Masterplan Klimaschutz“ unter Einbindung aller Akteure. Klimaschutz ist dabei eine politische Zielsetzung, neben der viele andere stehen, wie Sozialpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mobilität, Arbeitsmarkt oder Industriepolitik. Alle diese Bereiche haben ihre Inhalte und Bedeutung und dürfen nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden. Im Gegenteil, sie müssen zu einem Politikkonzept aus einem Guss zusammengefügt werden.





DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6
12207 Berlin

Fon: 0 30/7 73 07 - 0

dstgb@dstgb.de

www.dstgb.de

September 2019



Bildnachweise: Robert Kneschke - Fotolia | U. Zimmermann - DStGB | Coloures-pic - Fotolia | vencav - Fotolia
Bildnachweise Titel v. l.: lassedesignen - stock.adobe.com | tonefotografia - Fotolia